

Liebe Genossinnen, Liebe Genossen,

Ein hartes, ein anstrengendes, ein herausforderndes Jahr neigt sich dem Ende zu. Ein Jahr in welches wir optimistisch und zuversichtlich gestartet sind. Doch unsere selbstgesteckten Ziele haben wir deutlich verfehlt. Weder bei den zeitgleich stattgefundenen Europa- und Kommunalwahlen noch bei den Landtagswahlen konnten wir mit unseren inhaltlichen Angeboten überzeugen. Die Ergebnisse sind enttäuschend, teilweise desaströs und katastrophal. Und ja – ich gebe es unumwunden zu – sie lassen mich auch ein Stückweit ratlos und zweifelnd zurück. Zweifelnd, liebe Genossinnen und Genossen, doch nicht verzweifelt. Denn gleichzeitig verspüre ich Wut, Mut, Tatendrang und auch Optimismus. Doch der Reihe nach – es handelt sich ja hier um den Bericht des Kreisvorstandes.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Vor ziemlich genau 2 Jahren trafen wir uns in Kyritz, um einen neuen Kreisvorstand zu wählen. Erinnern wir uns, dass war eine Zeit, in der die Partei noch mitten in einer tiefen Krise steckte, die

geprägt wurde durch die Auseinandersetzungen zwischen dem Parteivorstand auf der einen Seite und dem Flügel um Sahra Wagenknecht auf der anderen Seite. Diese Auseinandersetzung gab es in unterschiedlicher Ausprägung in allen Landesverbänden und wurde besonders heftig in der damaligen Bundestagsfraktion ausgetragen. Exemplarisch sei hier inhaltlich der Streit um die Migrationsfragen genannt. Stellen wir uns als Partei den Herausforderungen der Migration, definieren wir Deutschland als Einwanderungsland, begreifen wir Zuwanderung als Chance und stehen wir solidarisch an der Seite der Geflüchteten – so die eine Position – oder aber betonen wir die Risiken und Gefahren der Zuwanderung, schotten wir Deutschland weiter ab und begrenzen wir den Zuzug nach Deutschland – so die andere Position. Dieser Streit, polarisiert seit Jahren die Gesellschaft. Er wird instrumentalisiert, wenn es darum geht das Versagen des Staates bei den großen sozialen Herausforderungen, wie der Bezahlbarkeit der Wohnung und der Sicherung der Sozialsysteme, zu verschleiern. Er wird medial gepusht bei Straftaten von Geflüchteten. Er wird genutzt, um Zukunftsängste zu schüren und um Arm gegen Ärmere auszuspielen, den wer kräftig

nach unten tritt, richtet nicht seinen Blick nach oben und sieht somit nicht, dass ein millionenschwerer Steuerflüchtling mehr Probleme bereitet als der Kriegsflüchtling aus Syrien, liebe Genossinnen und Genossen.

Wie in der Gesellschaft tobte auch in unserer Partei diese inhaltliche Auseinandersetzung teilweise schon seit Jahren. Eine jahrelange Auseinandersetzung also, die neben anderen, besonders heftig ausgetragen wurde und somit das Bild einer sich permanent streitenden und im Umgang miteinander unsolidarischen Partei prägte. Einer Partei, die nur noch mit sich selbst beschäftigt ist. Ich bin davon überzeugt, dass diese jahrelangen ungelösten inhaltlichen Konflikte eine wesentliche Ursache für die Wahlniederlagen der vergangenen Jahre sind.

Doch zurück nach Kyritz, liebe Genossinnen und Genossen. Erinnern wir uns. Auch in unserem Kreisverband gab es Austritte. Medial inszenierte Austritte von Genossen in kommunalpolitischer Verantwortung, die diesen und andere innerparteiliche Auseinandersetzungen zur Begründung heranzuführten. In der Zwischenzeit bin ich aber davon überzeugt, dass weder Paul noch Justin ein Problem mit den inhaltlichen

Auseinandersetzungen hatten. Vielmehr glaube ich, dass die Gründe viel profaner waren. Sie hatten erkannt, dass die Partei in einer Krise steckt und dass dadurch ihre persönliche Karriereplanung gefährdet ist. Ihre Erkenntnis, dass Die Linke nicht mehr ihren persönlichen Vorteil nutzt, führte zum Austritt und hatte mit politischen Überzeugungen rein gar nichts zu tun. Neben dieser tiefen menschlichen Enttäuschung musste der Kreisverband, die Kreistagsfraktion und die politische Arbeit vor zwei Jahren neu organisiert und neu strukturiert werden. Vor dieser Aufgabe stand der in Kyritz neugewählte Kreisvorstand und dieser Aufgabe hat sich der Kreisvorstand mit ganzer Kraft gewidmet.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Mit aller Bescheidenheit und mit noch größerer Dankbarkeit den bisherigen Kreisvorstandsmitgliedern gegenüber, möchte ich feststellen, dass der Kreisvorstand diese Aufgabe gemeistert hat. Es ist uns gelungen den Kreisverband zu stabilisieren und Debattenräume zu organisieren, um inhaltliche, politische Diskussionen zu führen. Die Koordination und Zusammenarbeit zwischen Kreisvorstand und Regionalverbände wurde auf neue vertrauensvolle

Füße gestellt, die Umsetzung der politischen Jahresplanung organisiert und vor allem die Wahlkämpfe vorbereitet.

Zu den Kommunalwahlen konnten wir rund 100 Kandidaturen einreichen. Darunter viele erfahrende Kommunalpolitiker, aber auch viele völlig neue Gesichter. Junge Genossinnen und Genossen und auch Parteilose, die sich erstmalig bereit erklärten für uns zu kandidieren. Mit großer Motivation und Engagement bestritten wir diesen Wahlkampf. Die in den vergangenen 5 Jahren aus den Mandatsträgerbeiträgen gebildete Rücklage sicherte uns die Finanzierung.

Umso enttäuschender waren die Ergebnisse. Wir haben im Vergleich zu 2019 rund die Hälfte unserer Mandate verloren. Positiv hervorheben möchte ich, dass wir in der Gemeindevertretung Temnitztal, in der Stadtverordnetenversammlung Neustadt und in einigen Ortsbeiräten nach langer Abstinenz erstmals wieder Mandate besetzen und dass wir in Wusterhausen und Rheinsberg kaum Verluste zu verzeichnen haben. Im Kreistag bilden wir mit 4 Mitgliedern eine der kleinsten Fraktionen. Doch seit versichert, an Schlagkraft hat diese Fraktion mit Holger Kippenhahn als neuer Fraktionsvorsitzender nicht verloren. Und die Wahl

von unserer Angelika Noack zur stellvertretenden Kreistagsvorsitzenden, sowie die Wahl von Holger Kippenhahn als neuen Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Kyritz beweist die Achtung und Wertschätzung für unsere bisherige Arbeit. Vielfach haben sich unsere gewählten Abgeordneten in den kommunalen Vertretungen mit anderen Abgeordneten zu Fraktionsgemeinschaften zusammengeschlossen. Das ist völlig okay, stellt uns aber vor die Aufgabe, trotzdem unser eigenes Profil zu schärfen und als Partei Die Linke erkenntlich zu bleiben.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Spätestens mit dem Ergebnis der Kommunal- und Europawahlen war klar, dass die Partei vor den Landtagswahlen vor einer schwierigen Aufgabe steht.

Trotzdem haben wir uns mit aller Entschlossenheit und Geschlossenheit dieser Aufgabe gestellt. Wir haben gemeinsam gekämpft. Und ich muss sagen, noch nie habe ich erlebt, dass wir als Kreisverband so motiviert und entschlossen gekämpft haben. Erfolgreich war dieser Wahlkampf jedoch nicht. Wir sind marginalisiert worden. Regelrecht zerrieben zwischen Dietmar Woidke auf der einen Seite und einer faschistischen Alternative. Hinzu kam der

deutliche Aderlass bei den Wählerinnen und Wählern Richtung BSW.

Die Gründe für unser Absinken auf deutlich unter 5 Prozent liegen aber tiefer. Und haben zuallererst mit unserem bundespolitischen Erscheinungsbild zu tun. Wir haben durch unseren jahrelangen Streit Vertrauen verspielt. Vertrauen in unsere politische Handlungsfähigkeit und in unsere Durchsetzungsfähigkeit.

Gleichzeitig müssen wir einen unglaublichen Rechtsruck in der Gesellschaft zur Kenntnis nehmen. Einen Rechtsruck nicht nur in Brandenburg und in Deutschland. Europa- und Weltweit sind aktuell rechtspopulistische bis offen faschistische Parteien auf dem Vormarsch. Sie bestimmen zurzeit die politische Agenda, sei es in der Migrationsfrage, sei es in der Wirtschaftspolitik, sei es in der Sozialpolitik oder sei es bei kulturellen Fragen. Der Hype der völkischen und nationalistischen Antworten wird medial befeuert und findet einen großen Resonanzraum in den sozialen Medien. Die Linke in Deutschland, wie auch anderswo, hat darauf noch keine überzeugende Antwort gefunden. Das darf uns aber nicht davon abhalten weiter konsequent dagegen zu halten und laut unsere Stimme zu

erheben gegen die Ungerechtigkeit, gegen den völkischen Wahnsinn und für eine solidarische und friedliche Gesellschaft. Die Demokratie ist momentan gefährdet wie noch nie. Und Wahlergebnisse, wie in Brandenburg, erhöhen die Gefahr, dass die Demokratie weiter ausgehöhlt wird.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Wenn die erste Maßnahme eines neugewählten Landtages – noch bevor das erste Gesetz beraten wurde oder gar die neue Regierung gebildet wurde – darin liegt, sich die eigenen Diäten um 500 Euro monatlich zu erhöhen, dann stärkt das nicht den Glauben an die Demokratie. Neben dem politischen Skandal, führt es bei vielen Menschen zu berechtigtem Frust und befördert das Abwenden von demokratischen Institutionen und Prozessen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Wenn der geschäftsführende Ministerpräsident, seine geschäftsführende Gesundheitsministerin unmittelbar vor der Sitzung des Bundesrates entlässt, ist es nicht nur ein unwürdiges Schauspiel, in dem menschliche Abgründe sichtbar werden, sondern verdeutlicht auch, dass Verträge



– wie der Koalitionsvertrag, der eindeutig regelt, wie man sich zu verhalten hat bei Uneinigkeit in der Regierung – nichts wert sind, bzw. sich der vermeintlich Stärkere nicht an Verträge zu halten hat. Auch das schadet der Demokratie und dem Vertrauen in demokratische Prozesse.

Und wenn eine Partei, die nur aus handverlesenen Mitglieder besteht und die ausschließlich nach Weisungen aus dem Saarland handelt, den Menschen in Brandenburg vorgaukelt, sich konsequent für die Beendigung des Krieges in der Ukraine einzusetzen und gleichzeitig zustimmt, dass mit 100 Millionen Euro aus dem noch nicht beschlossenen Landeshaushalt die Schaffung des größten Luftwaffenstützpunktes Ostdeutschlands in Holzdorf realisiert werden kann, dann macht es nicht nur die Verlogenheit dieser Partei deutlich, sondern zeigt auch wo die Prioritäten der neuen Landesregierung liegen. Um die Demokratie zu sichern und zu schützen ist es aber mit Sicherheit nicht notwendig weitere Millionen in die Aufrüstung zu blasen, sondern endlich die drängendsten sozialen Probleme in diesem Land anzugehen, liebe Genossinnen und Genossen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Das Trauerspiel, was wir aktuell in Brandenburg erleben, wird noch übertroffen von den jüngsten Ereignissen auf der Bundesebene. Der Bruch der Koalition zwischen SPD, Grünen und FDP führt nun höchstwahrscheinlich zu Neuwahlen des Bundestages am 23. Februar im nächsten Jahr. Bis dahin haben die erwähnten Parteien gemeinsam mit der CDU/CSU offensichtlich beschlossen, die parlamentarische Arbeit einzustellen. Damit fallen eine ganze Menge von dringend notwendigen Reformen hinten runter. Vor allem aber wird es keinen Bundeshaushalt geben. Und ähnlich wie in Brandenburg begibt man sich in die vorläufige Haushaltsführung, was nichts anderes heißt, als das sämtliche sogenannte freiwilligen Leistungen nicht mehr finanziert werden, bis es beschlossene Haushalte gibt. Die Opfer dieser Politik sind klar. Kein Geld mehr für Wohlfahrts- und Sozialverbände, kein Geld mehr für Demokratieprojekte und kein Geld mehr für Bildungs-, Jugend- und Sozialarbeit. Und genau diese Art von Politik ist der Nährboden für das weitere Erstarken der Faschisten in diesem Land. Wir werden leider stürmische Zeiten erleben, die Verunsicherung wird weiter zunehmen.

Es stimmt mich deshalb aber optimistisch, dass unser jüngster Bundesparteitag vor wenigen Tagen in Halle, so ein gutes Bild abgegeben hat. Ein Zeichen der Geschlossenheit mit klaren Botschaften und dem gemeinsamen Willen, alles dafür zu tun, dass eine linke, progressive Stimme weiterhin im Bundestag zu hören ist. Unsere politischen Botschaften von Frieden, Solidarität und sozialer Gerechtigkeit wird nun auch mit einem neuen personellen Angebot untermauert. Und ich freue mich sehr, dass Ines Schwerdtner und Jan van Aken mit so überzeugenden Ergebnissen zu unseren neuen Bundesvorsitzenden gewählt worden sind.

Liebe Genossinnen und Genossen,

In dieser Situation haben wir als Kreisvorstand, in Absprache mit den Kreisvorständen im Havelland und der Prignitz beschlossen, die ursprünglichen Zeitpläne für den Bundestagswahlkampf über den Haufen zu werfen und schnellstmöglich eine Wahlkreisversammlung für den Bundestagswahlkreis 56 einzuberufen. In diesen Tagen müssten euch die entsprechenden Einladungen zugegangen sein. Am 3. Dezember werden wir unsere bzw. unseren Kandidatin/en in Kyritz nominieren. Nachdem wie entsprechende

Gespräche geführt haben, möchten wir euch gemeinsam vorschlagen, den Genossen Daniel Irrgang als unseren Kandidaten zu wählen. Daniel ist noch ein junger Genosse, der vor einigen Jahren aus dem Bereich Neustadt stammend den Weg zu uns gefunden hat. Aktuell ist er im Havelland wohnhaft. Selbstverständlich sind aber auch weitere Kandidaturen bis zur Wahlkreisversammlung möglich. Der Wahlkampf selbst wird unter erschwerten Bedingungen stattfinden. Witterungsbedingt aber auch aus Gründen von fehlenden finanziellen Ressourcen der Bundes- wie auch der Landespartei. Ab der ersten Januarwoche werden wir uns anschicken müssen wieder Plakate zu hängen und in die Briefkästen Flyer zu stecken. Wahlkampfstände werden nur mit Glühwein sinnvoll und zu ertragen sein. Fakt ist, wir brauchen in diesem Wahlkampf jede helfende Hand, jede kluge Idee und jeden Euro der uns als Spende zur Verfügung gestellt wird. Die enge Abstimmung und Koordination der Wahlkampfaktivitäten wird zu Beginn des Jahres eine der wesentlichsten Aufgaben des neuen Kreisvorstandes sein. Ich freue mich deshalb, dass Daniel Jacobi seine Bereitschaft erklärt hat, als

Kreiswahlkampfleiter weiterhin Verantwortung zu übernehmen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Positiv stimmt mich, dass wir seit dem Bundesparteitag 3.000 Neumitglieder gewinnen konnten. Dieser Trend bei den Mitgliedern ist auch in unserem Kreisverband zu spüren. In diesem Jahr haben wir 20 neue Mitglieder gewonnen, allein 5 in den letzten beiden Wochen. Nun wird es darauf ankommen, diese Neumitglieder schnell in die Strukturen einzubinden und mittel- und langfristig auf neue Aufgaben vorzubereiten. Unser Ziel muss es sein, die Regionalverbände zu stabilisieren und im Amt Lindow, sowie im Amt Temnitz neue Regionalverbände aufzubauen. Nur so ist dieser sehr erfreuliche Mitgliederzuwachs auch nachhaltig für uns als Partei. Nur so wird es uns gelingen, diese Partei wiederaufzubauen.

Jedoch liebe Genossinnen und Genossen, es wäre unredlich, wenn ich an dieser Stelle nicht auch auf die Schwierigkeiten hinweisen würde. Die Wahlergebnisse schwächen uns finanziell und strukturell. Wir werden auf absehbare Zeit keine hauptamtlichen Strukturen vorhalten können. Umso wichtiger wird das ehrenamtliche Engagement jedes Einzelnen von uns. Unsere

finanziellen Spielräume haben sich ebenfalls nicht erweitert. Obwohl wir mit unseren Finanzen stabil dastehen, werden wir auf Dauer unsere Büroinfrastruktur nur aufrechterhalten können, wenn wir an dem sehr erfolgreichen Spendenmodell festhalten und dieses auf Neuruppin erweitern. Wir brauchen Beitragsehrlichkeit und die Bereitschaft, die Mandatsträgerbeiträge regelmäßig zu entrichten. Letztere sollen wieder angespart werden zur Finanzierung der Kommunalwahlkampfes 2019.

Die Büros machen im Übrigen nur Sinn, wenn sie regelmäßig genutzt werden, als Begegnungsstätten für den politischen Austausch, als Ausstellungs- und Veranstaltungsräume für die interessierte Öffentlichkeit und als Anlaufstelle für Sozialberatung und ähnliches.

Liebe Genossinnen und Genossen,

In den kommenden 5 Jahren wird viel davon abhängen, wie wir kommunalpolitisch agieren. Unsere Kommunalpolitik kann ein Teil des Fundamentes sein, auf dem wir unsere Partei wieder neu aufbauen. Zurzeit haben wir 24 kommunale Mandatsträger vom Kreistag angefangen, über die Stadtverordnetenversammlungen, den

Gemeindevertretungen und den Ortsbeiräten. Hinzu kommen einige sachkundige Bürger in den jeweiligen Ausschüssen. Wir werden nur erfolgreich sein, wenn wir uns eng miteinander abstimmen, und da, wo es geht, gemeinsam agieren. Deshalb sind regelmäßige Mandatsträgertreffen und Schulungen angezeigt. Auch um langfristig neue Kandidatinnen und Kandidaten aufzubauen.

Erfolgreich werden wir aber ebenfalls nur, wenn wir als Partei insgesamt und mit unseren Mandatsträgern sichtbar werden. Wir brauchen für diese Sichtbarkeit Öffentlichkeit. Ihr wisst, dass die regionalen Zeitungen uns dabei nur begrenzt helfen werden und helfen können.

Unsere Social Media Kanäle müssen genauso regelmäßig bespielt werden wie unsere Internetseite. Und den Wunsch nach einer eigenen kleinen Zeitung kann ich gut nachvollziehen. Um dass alles zu realisieren, brauchen wir aber mehr Aktive in der Öffentlichkeitsarbeit. Das größte Pfund in der Öffentlichkeitsarbeit seid aber ihr liebe Genossinnen und Genossen. Deshalb ist es wichtig, dass zuallererst ihr regelmäßig über die Aktivitäten informiert seid, damit die

Überzeugungsarbeit in der Nachbarschaft auch funktionieren kann.

Überzeugen müssen wir auch mit unseren außerparlamentarischen Aktivitäten. Unsere Volksinitiative „Schule satt“ war erfolgreich. Leider müssen wir davon ausgehen, dass dieser neue Landtag diese VI zurückweisen wird. Umso wichtiger wird es sein, dass wir uns auf ein Volksbegehren ordentlich vorbereiten. Wir als Kreisverband müssten dazu, um erfolgreich zu sein, mehr als 3.000 Bürgerinnen und Bürger im Landkreis bewegen, auf ihre jeweiligen Einwohnermeldeämter zu gehen und ihre Unterschrift zu leisten. Das wird nicht so einfach sein und auch hierbei brauchen wir jede jeden einzelnen von euch.

Liebe Genossinnen und Genossen

Im nächsten Jahr finden nicht nur vorgezogene Neuwahlen statt. Es ist auch ein Jahr, in dem es gilt an geschichtliche Großereignisse zu erinnern, die sich vor 80 ereignet haben. Dazu gehören der 8. Mai als Tag der Befreiung vom Faschismus, genauso wie die Gedenkveranstaltungen zu den Opfern von KZ und Todesmarsch. Wichtig für unsere Region wird aber auch das Gedenken an den 80. Jahrestag der Ausrufung der



demokratischen Bodenreform in Kyritz. Denn nur wer sich seiner Geschichte bewusst ist, wird auch die Zukunft gestalten können und wir als LINKE sollten weiterhin sehr viel Wert auf unser Geschichtsbewusstsein legen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Im nächsten Jahr wird aber noch eine weitere Wahl die Region bewegen. In Rheinsberg läuft die Amtszeit des Bürgermeisters Schwochow ab. Wer erleben möchte, wie eine Stadt in Geiselhaft für ein irres Agieren eines Bürgermeisters genommen wird, wie kommunale Entwicklung gehemmt wird, wie Bürger instrumentalisiert und manipuliert werden, wie Menschen, die nicht die gleiche Meinung haben wie der Bürgermeister, eingeschüchtert werden und ein Klima der Angst geschaffen wird und wer erleben möchte wie in einer Kulturstadt missliebige Kultur abgebaut wird, der sollte nach Rheinsberg schauen. Deshalb sollten wir alles Mögliche tun, um diesen Bürgermeister mit einer demokratischen Alternative zu ersetzen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Das alles und noch viel mehr findet ihr in dem Entwurf zu einem Leitantrag, den euch der

Kreisvorstand heute vorgelegt hat. Wir sind davon überzeugt, dass ein Neuaufbau der Partei möglich ist und dass wir wieder erfolgreich Politik gestalten können. Ich habe Respekt vor den vor uns liegenden Herausforderungen. Doch ich habe auch weiterhin große Lust, Politik mit euch gemeinsam zu gestalten.

Ich bedanke mich an dieser Stelle ganz herzlich für die sehr gute und sehr vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem bisherigen Kreisvorstand und ich freue mich, dass der Großteil der Kreisvorstandsmitglieder erklärt hat, erneut mit mir anzutreten. Deshalb bitte ich euch abschließend um euer erneutes Vertrauen und um Zustimmung zum Leitantrag.

Vielen Dank